

Pressefoyer – Dienstag, 2. Juli 2013

**"Land und Gemeinden.
Starke und verlässliche Partner.**

mit

**Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
Bürgermeister Harald Köhlmeier**
(Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes)

Bewährte Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden

Pressefoyer, 28. Juni 2013

Vorarlbergs Gemeinden – große in den Ballungsräumen ebenso wie kleine in den ländlichen Gebieten – haben vielfältige kommunale Aufgaben zu erfüllen, um ihrer Bevölkerung ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld zu bieten. Bei diesen Herausforderungen werden sie vom Land nach Kräften unterstützt. Beim Antrittsbesuch des neuen Präsidenten des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Harald Köhlmeier, bei Landeshauptmann Markus Wallner bekräftigten beide das gemeinsame Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen.

In den letzten fünf Jahren haben Vorarlbergs Gemeinden rund 650 Millionen Euro an Landesbeiträgen, Bedarfszuweisungen und Strukturfondsmitteln erhalten, im laufenden Jahr sind 148,8 Millionen Euro im Landesbudget veranschlagt. "Die Gemeinden sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen. Deshalb ist es für die Lebensqualität im Lande wichtig, dass die Gemeinden ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können", sagt Landeshauptmann Wallner.

Entwicklung der Gemeindeförderung



Entlastungsmaßnahmen werden fortgesetzt

Im vergangenen Jahr haben das Land Vorarlberg und der Gemeindeverband gemeinsam ein Gemeindefinanzpaket geschnürt, das die Kassen der Gemeinden um insgesamt 7,5 Millionen Euro

jährlich entlastet. LH Wallner: "Damit können nicht alle finanziellen Engpässe beseitigt werden, aber wir können dadurch etwas Luft verschaffen, wo der finanzielle Druck am größten ist."

Das Paket setzt sich im Wesentlichen aus vier Maßnahmen zusammen: Eine erweiterte Abstützung der von den Patienten-Wohnsitzgemeinden gemäß Spitalbeitragsgesetz zu bezahlenden Beiträge, ein Teilverzicht auf die Rechtsträgerbeiträge der Standortgemeinden von Landeskrankenhäusern, eine Anhebung der Personalkostenförderungen für Kinder- und Schülerbetreuung und schließlich die Angleichung der Investitionsförderungen für Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen an die Pflichtschulförderung.



Mehr Geld vom Land für Kindergärten und Kinderbetreuung

Ein gemeinsames Anliegen des Land Vorarlberg und der Gemeinden ist der kontinuierliche Ausbau von Kinder- und Schülerbetreuungen. Das soll auch in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt werden, denn qualitativ gute, verlässliche und flexible Betreuungsangebote sind ein wesentlicher Bestandteil eines kinder- und familienfreundlichen Lebensumfeldes.

In Vorarlberg ist in den letzten Jahren viel in diese Richtung geschehen: Neben den klassischen Betreuungseinrichtungen sind neue Modelle entstanden, z.B. Kinderhäuser mit altersgemischten Gruppen, Einrichtungen mit besonderen Schwerpunkten, die Betreuung von jüngeren Kindern, gemeindeübergreifende Angebote und betriebliche Betreuungseinrichtungen. Im vergangenen Jahr

hatten 4.881 Kinder einen Platz in Spielgruppen, (Klein)Kinderbetreuungen oder bei Tagesmüttern, für 9.097 Schulkinder gab es eine Schülerbetreuung. Die Landesregierung hat diese Angebote mit gut 9,2 Millionen Euro unterstützt. Damit sind die Landeszuschüsse für familienergänzende Kinder- und Schülerbetreuung innerhalb von fünf Jahren um 127 Prozent gestiegen.

Die Gemeinden profitieren von der Anpassung der Personal- und Investitionsförderungen. Die Personalkostenförderung des Landes für die Kinderbetreuungseinrichtungen und die Schülerbetreuung wurden im Oktober 2012 von 50 auf 60 Prozent (wie im Kindergarten) angehoben. Für neue gemeindeübergreifende Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es jetzt sogar im ersten Jahr 75 Prozent, im zweiten Jahr 70 Prozent und im dritten Jahr 65 Prozent. Davon profitieren nicht nur Gemeinden, sondern auch private Rechtsträger.

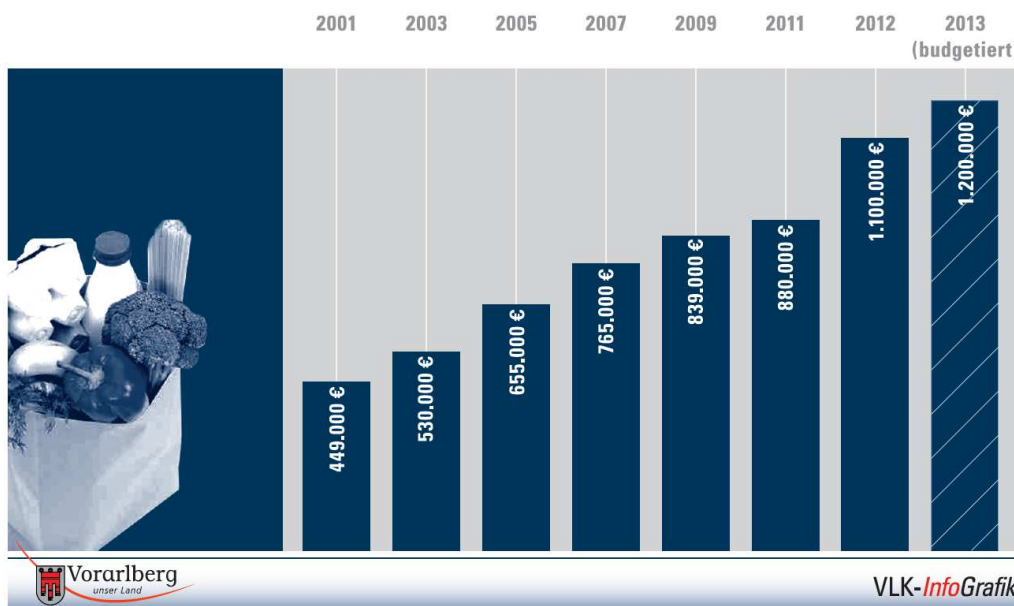
Die Investitionsförderung für Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen wurde an das System der Förderung für Pflichtschulbauten angeglichen. Das heißt, an die Stelle der bisherigen gedeckelten Förderung pro Kindergartengruppe tritt nun eine 18-prozentige Förderungsgrundleistung plus Zuschläge nach Gemeindegröße, Finanzkraftquote sowie für energetisch/ökologisch hochwertige Bauweise. Im Falle von privaten Rechtsträgern wird ein fixer Fördersatz von 25 Prozent der Baukosten gewährt. Diese neue Investitionsförderung hat mehrere Vorteile, so Landeshauptmann Wallner: "Zum einen profitieren vor allem kleine bzw. finanzschwächere Gemeinden davon und zum anderen wird damit das ökologische, energieeffiziente Bauen nun - analog zum Schulbereich - auch für den Bau von Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen verankert."

Klares Bekenntnis zur Nahversorgung und Stärkung der Ortszentren

In den letzten Jahren wurde die Unterstützung für kleine Lebensmittelgeschäfte kontinuierlich ausgebaut. "Eine funktionierende Nahversorgung und lebendige Dorfzentren und Innenstädte sind entscheidende Faktoren für eine hohe Wohn- und Lebensqualität in den Gemeinden", betont Landeshauptmann Wallner. Im Jahr 2011 hat das Land Vorarlberg insgesamt 880.000 Euro zur Förderung der Nahversorgung zur Verfügung gestellt, 2012 waren es 1,1 Millionen Euro, für 2013 sind 1,2 Millionen Euro budgetiert. "Bis heute ist es gelungen, fast überall im Land - also auch in den ländlichen Gebieten

- eine intakte Nahversorgung zu erhalten", betonte Landeshauptmann Wallner

Förderungen des Landes Vorarlberg für die Nahversorgung in den Gemeinden



Strukturfonds: Bewährtes Förderinstrument für kleine Gemeinden

Das vielleicht beste Beispiel für die starke Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden ist der Vorarlberger Strukturfonds. Seit 1997 werden Förderungen aus diesem Topf vergeben. In Summe haben bisher über 1.000 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von fast 434 Millionen Euro die Zusage einer Förderung aus dem Vorarlberger Strukturfonds erhalten. Die Summe der zugesagten Strukturmittel beträgt 44,89 Millionen Euro.

"Unser Strukturfonds ist ein bestens bewährtes Instrument, das insbesondere für kleine, finanzschwache Gemeinden eine wichtige Entlastung erzielt wird", so Landeshauptmann Wallner. Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten gewinne die Infrastrukturförderung noch an Bedeutung, weil sie einen attraktiven Anreiz zu Investitionen bietet. "Es gibt nicht viele Länder, die in der Lage sind, unter diesen Umständen das Niveau der Förderungen zu halten und wichtige Impulse zu setzen. Vorarlberg kann es", betont Landeshauptmann Wallner.

Die Höhe der Strukturförderung für ein bestimmtes Projekt hängt von der Einwohnerzahl und der Finanzkraftquote einer Gemeinde ab. Die bisherige (und weiter gültige) Staffelung:

- o Gemeinden mit bis zu 1.300 Einwohnerinnen und Einwohnern erhalten generell 20 Prozent der Investitionskosten.

- o Gemeinden mit 1.301 bis 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und einer Finanzkraftquote von bis zu 80 Prozent des Landesdurchschnittes erhalten 15 Prozent der Investitionskosten.
- o Gemeinden mit 3.001 bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und einer Finanzkraftquote von maximal 80 Prozent des Landesdurchschnittes erhalten 10 Prozent der Investitionskosten.

Zusätzlich werden auch solche Gemeinden gefördert, deren Finanzkraftquote zwischen 80 und 90 Prozent des Landesdurchschnittes beträgt:

- Gemeinden mit 1.301 bis 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern erhalten 7,5 Prozent der Investitionskosten.
- Gemeinden mit 3.001 bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern erhalten 5 Prozent der Investitionskosten.

Für ein Projekt gibt es bis zu 250.000 Euro Strukturförderung. Gemeindekooperationen werden besonders gefördert. Bei gemeinsamer Finanzierung durch mindestens zwei Gemeinden sind bis zu 500.000 Euro pro Projekt möglich.

Aktuelle Beispiele für Projekte, die aus dem Vorarlberger Strukturfonds gefördert werden, sind die Errichtung des Sicherheitszentrums (Feuerwehr, Bergrettung, Polizei) in Bezau, die Erweiterung des Kindergartens Fraxern, der Neubau der Volksschule und des Mehrzwecksaals in Laterns und die Errichtung des Dienstleistungszentrums Blumenegg in Thüringen.

Bedarfszuweisungen zur Abfederung übermäßiger Belastungen

Erst kürzlich hat die Vorarlberger Landesregierung die Freigabe der ersten Rate von schlüsselmäßigen Bedarfszuweisungen in diesem Jahr beschlossen. 74 heimische Gemeinden erhalten zusammen rund 6,45 Millionen Euro. Gegen Jahresende wird eine zweite Rate in ähnlicher Höhe ausbezahlt.

Mit den schlüsselmäßigen Bedarfszuweisungen werden die Unterschiede, die zwischen der tatsächlichen Finanzkraft und dem rechnerischen Finanzbedarf einer Gemeinde bestehen, vom Land zum Großteil abgegolten. Das Augenmerk liegt vor allem auf den kleineren Gemeinden im ländlichen Raum, die mit ungleich stärkeren Belastungen konfrontiert sind und denen es daher in der Regel schwerer fällt, die in unterschiedlichsten Bereichen anfallenden Kosten zu tragen.

Die Zusammenarbeit von Gemeinden lohnt sich

Immer häufiger finden sich Gemeinden zur Zusammenarbeit zusammen, wenn es um die Erfüllung aufwändiger kommunaler Aufgaben oder um große Infrastrukturprojekte geht. Gemeindeautonomie und Kooperation stehen dabei in keinem Gegensatz. Wichtig sei, dass die überörtliche Zusammenarbeit – unabhängig davon, in welchem Bereich sie stattfindet – auf einem Konsens der Gemeinden beruht, sagt Landeshauptmann Wallner: "Es macht gerade für kleinere Gemeinden, deren personelle und organisatorische Ressourcen beschränkt sind, großen Sinn, bei komplexen Materien wie etwa dem Baurecht die Kompetenzen zu bündeln und Synergien zu nutzen. Gleiches gilt für große Bauvorhaben, die der ganzen Region etwas bringen." Die Gemeindekooperation lohnt sich auch finanziell. In den Förderrichtlinien gibt es besondere Anreize, um diesen erfolgreichen Weg weiter zu forcieren.

Jüngstes Beispiel ist das neu errichtete Dienstleistungszentrum Blumenegg der Gemeinden Thüringen und Ludesch. Durch das Bündeln der Kräfte profitieren beide Gemeinden. Der verbesserte Service und die gesteigerte Qualität wirken sich zudem direkt auf die Lebensqualität der Menschen vor Ort positiv aus. An den Gesamtkosten von knapp vier Millionen Euro beteiligt sich das Land mit rund 40 Prozent beteiligen. Den Rest teilen sich die Gemeinden Ludesch mit 60 und Thüringen mit 40 Prozent auf.

Ein anderes Beispiel: Zur Jahresmitte 2012 haben die Marktgemeinde Frastanz und die Gemeinden Düns, Dünserberg, Röns, Satteins und Schnifis nach einjähriger Testphase ihre Zusammenarbeit im Rahmen der gemeinsamen Baurechtsverwaltung Walgau West in einem Kooperationsvertrag längerfristig fixiert. Das Land Vorarlberg hat diese Verwaltungsgemeinschaft mit einer Anschubförderung von mehr als 44.000 Euro unterstützt.